Gesetz über das Walliser Bürgerrecht

vom 18. November 1994

Der Grosse Rat des Kantons Wallis

Eingesehen die Artikel 28, 29, 30 Absatz 1, 38 und 42 der Kantonsverfassung;
Eingesehen die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust
des Schweizer Bürgerrechtes vom 29. September 1952 (BüG);

Auf Antrag des Staatsrates,

verordnet:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1¹ Geltungsbereich

¹Das vorliegende Gesetz legt die Bedingungen für den Erwerb und Verlust
des Kantons- und Gemeindebürgerrechtes fest und enthält die Vorschriften
bezüglich der Anwendung des Bundesrechtes.

²Aufgehoben

³Im vorliegenden Gesetz gilt jede Bezeichnung der Person, des Statuts oder
der Funktion in gleicher Weise für Mann oder Frau.

Art. 1bis¹ Zuständige Behörden

¹Der Grosse Rat erteilt das Kantonsbürgerrecht und der Gemeinderat das
Gemeindebürgerrecht. Das Gemeindeorganisationsreglement kann diese
Befugnis an die Gemeindelegislative übertragen.

²Die zuständigen Behörden entscheiden im Rahmen des vorliegenden
Gesetzes mit voller Überprüfungsbefugnis. ²

Art. 2¹ Allgemeine Vorschriften

¹Niemand kann das Kantonsbürgerrecht erwerben ohne gleichzeitig Bürger
einer Gemeinde des Kantons zu sein.

²Niemand kann ein Gemeindebürger sein ohne gleichzeitig das
Kantonsbürgerrecht zu besitzen.

³Das einem Ausländer oder Schweizerbürger erteilte Gemeindebürgerrecht
kann nur nach Erteilung des Kantonsbürgerrechtes erworben werden.

⁴Der Verlust des Kantonsbürgerrechtes zieht den Verlust des
Gemeindebürgerrechtes und des Gemeindebürgerrechtes nach sich.

⁵Aufgehoben

141.1

- 2 -

2. Kapitel: Ordentliche Einbürgerung

Art. 3¹ Ordentliche Einbürgerung von Ausländern - Bedingungen

¹Um die Aufnahme in das Bürgerrecht einer Walliser Gemeinde zu beantragen, muss der Ausländer:

1. seit drei Jahren in der Gemeinde, bei der das Gesuch eingereicht wird, Wohnsitz haben und grundsätzlich während des Verfahrens den Wohnsitz in dieser Gemeinde behalten; diese Bedingung gilt bei einem Aufenthalt von insgesamt drei Jahren in zwei verschiedenen Gemeinden als erfüllt, wobei die zweite Wohnsitzgemeinde bei der ersten eine Vormeinung einholen muss;²
2. genügend Kenntnisse einer der beiden offiziellen Sprachen des Kantons besitzen;
3. in die Walliser Gemeinschaft integriert sein;
4. genügende Nachweise guter Führung beibringen;
5. mit den schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut sein;
6. die Verfassungsgrundsätze und die schweizerische Rechtsordnung akzeptieren und respektieren.

²Um die Aufnahme in das Bürgerrecht des Kantons Wallis zu beantragen, muss der Ausländer zusätzlich:

1. während fünf Jahren im Kanton wohnsässig gewesen sein;
2. das Bürgerrecht einer Walliser Gemeinde erhalten haben;
3. im Besitze einer eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung sein.

Art. 4¹ Ordentliche Einbürgerung von Schweizern - Bedingungen

¹Um die Aufnahme in das Bürgerrecht einer Walliser Gemeinde zu beantragen, muss der Schweizer:

1. seit einem Jahr in der Gemeinde, bei der das Gesuch eingereicht wird, Wohnsitz haben;
2. genügende Nachweise guter Führung beibringen.

²Um die Aufnahme in das Bürgerrecht des Kantons Wallis zu beantragen, muss der Schweizer zusätzlich:

1. während fünf Jahren im Kanton wohnsässig gewesen sein;
2. das Bürgerrecht einer Walliser Gemeinde erhalten haben.

Art. 5¹ Hinterlegung des Gesuches

¹Der Gesuchsteller reicht ein persönliches Gesuch ein.

²Das Reglement hält die Bedingungen der Einreichung des Gesuches fest.

³Das Gesuch wird dem Grossen Rat durch den Staatsrat erst unterbreitet, wenn die in den Artikeln 3 oder 4 enthaltenen Bedingungen erfüllt sind.

Art. 6¹ Gebühr

Die Kantons- und Gemeindebehörden können für ihre Entscheide eine Kanzleigebür erheben.

Art. 7¹ Vereidigung

Nach erfolgter Einbürgerung leisten die neuen Walliser Bürger, mit Ausnahme der Schweizerbürger, vor den Vertretern des Staatsrates den Eid.

3. Kapitel: Besondere Bestimmungen**Art. 8¹** Wiedereinbürgerung

¹Frauen, die vor dem 1. Januar 1988 geheiratet und die das Gemeindebürgerrecht und Kantonsbürgerrecht aufgrund ihrer Eheschliessung mit einem Schweizerbürger verloren haben, können auf ihr Gesuch hin durch Beschluss des zuständigen Departements (nachstehend Departement genannt) wieder in ihre früheren Gemeindebürgerrechte und in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen werden. Sie erwerben also auch die entsprechenden Gemeindebürgerrechte.

²Frauen, die vor dem 1. Januar 1988 geheiratet und die das Gemeindebürgerrecht aufgrund ihrer Eheschliessung mit einem Kantonsbürger verloren haben, können auf ihr Gesuch hin durch Beschluss des Departements wieder in die vorherigen Gemeindebürgerrechte aufgenommen werden. Sie erwerben also auch die entsprechenden Gemeindebürgerrechte.

³Die betroffenen Einwohner- und Bürgergemeinden werden angehört.

Art. 8bis¹ Bürgerrecht und Bürgerrecht

Wenn einem Walliser Bürger ein Bürgerrecht verliehen wird, erwirbt er ebenfalls das Bürgerrecht der entsprechenden Gemeinde.

4. Kapitel: Entlassung**Art. 9¹** Entlassung aus dem Schweizer Bürgerrecht

Die Entlassung wird durch das Departement ausgesprochen. Die betroffenen Einwohnergemeinden werden angehört.

Art. 10¹ Entlassung aus dem Kantonsbürgerrecht

¹Jede Person ist auf ihr Gesuch hin aus dem Walliser Kantonsbürger- und Gemeindebürgerrecht zu entlassen, wenn sie das Bürgerrecht eines anderen Kantons besitzt.

²Der Beschluss obliegt dem Departement. Die betroffenen Einwohnergemeinden werden angehört.

Art. 11¹ Entlassung aus dem Gemeindebürgerrecht

¹Jede Person, welche die Gemeindebürgerrechte mehrerer Einwohnergemeinden des Kantons besitzt, kann auf eines oder mehrere Gemeindebürgerrechte verzichten, falls sie nachweist, mindestens eines hiervon zu behalten.

141.1

- 4 -

²Der Beschluss obliegt dem Departement. Die betroffenen Einwohnergemeinden werden angehört.

³Die Entlassung aus einem Gemeindebürgerrecht beinhaltet den Verlust des Bürgerrechts der entsprechenden Gemeinde.

Art. 12 Gesuch

¹Der Gesuchsteller reicht ein persönliches Gesuch ein.

²Das Reglement hält die Bedingungen der Einreichung des Gesuches fest.

5. Kapitel: Nichtigerklärung

Art. 13 Ausländer

Das Departement wird ermächtigt, die Nichtigerklärung der Einbürgerung oder Wiedereinbürgerung eines Ausländers im Sinne von Artikel 41, Absatz 2 BÜG auszusprechen.

Art. 14¹ Schweizer

¹Nach Anhören der betroffenen Einwohnergemeinden kann das Departement innert der gleichen Frist, welche im Bundesgesetz vorgesehen ist, die Einbürgerung eines Schweizers als nichtig erklären, wenn sie durch falsche Angaben oder Verheimlichung erheblicher Tatsachen erschlichen worden ist.

²Ohne ausdrückliche andersweitige Verfügung erstreckt sich die Nichtigerklärung des Kantons- und Gemeindebürgerrechtes auch auf die Familienmitglieder, die diese Rechte aufgrund der nichtig erklärten Verfügung erworben haben.

6. Kapitel: Feststellungsverfahren

Art. 15¹ Feststellung des Schweizer- und Kantonsbürgerrechts

¹Wenn fraglich ist, ob eine Person das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht besitzt, untersucht die zuständige Dienststelle die Angelegenheit und hört die betroffene(n) Einwohnergemeinde(n) an. Die Beschlussfassung liegt in der Zuständigkeit des Departements.

²Falls eine Person behauptet, die Gemeindebürgerrechte mehrerer Walliser Einwohnergemeinden zu besitzen und falls der Besitz eines dieser Gemeindebürgerrechte fraglich ist, so entscheidet die betroffene Einwohnergemeinde von Amtes wegen oder auf Gesuch des Betroffenen oder des Departements hin.

Art. 16¹ Beweis des Gemeindebürgerrechts

Grundsätzlich bildet die Einschreibung in das Zivilstandsregister den Beweis für den Erwerb und das Bestehen des Bürgerechtes.

7. Kapitel: Findelkind

Art. 17¹ Findelkind

¹Das Findelkind wird Bürger der Walliser Einwohnergemeinde, in der es aufgefunden wird, sowie des Kantons Wallis.

²Wird die Abstammung festgestellt, verliert das minderjährige Kind das auf diese Weise erworbene Kantons- und Gemeindebürgerrecht.

8. Kapitel: Beschwerde

Art. 18² Rechtsmittel

¹Gegen die ablehnenden Entscheide über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts oder die Erteilung des Kantonsbürgerrechts kann beim Kantonsgericht Beschwerde erhoben werden.

²Die ablehnenden Entscheide der Gemeinde und des Grossen Rates werden summarisch begründet. Der Gesuchsteller kann innerhalb von 30 Tagen verlangen, dass ihm ein begründeter Entscheid zugestellt wird. Die Beschwerdefrist läuft ab der Zustellung des begründeten Entscheids.

³Die aufgrund des vorliegenden Gesetzes und seines Reglements gefällten Entscheide, die in die Zuständigkeit des Departements fallen, sind mit Beschwerde an den Staatsrat anfechtbar.

⁴Im Übrigen wird das Verfahren durch das Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege geregelt.

Art. 19¹ Beschwerdeberechtigte Behörde

¹Das Departement ist die zur Beschwerde gegen Beschlüsse des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes berechnete kantonale Behörde.

²Der Gemeinderat ist die im Namen der Einwohnergemeinde zur Beschwerde berechnete Behörde (Art. 51 BüG).

9. Kapitel: Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 20 Befugnisse

¹Die durch Bundesgesetz der kantonalen Behörde übertragenen Befugnisse werden durch das zuständige Departement ausgeübt.

²Vorbehalten bleiben die im vorliegenden Gesetz ausdrücklich erwähnten gegenteiligen Bestimmungen.

Art. 21 Aufhebung bisheriger Bestimmungen

Aufgehoben sind:

- das Gesetz vom 17. November 1840 über die Erteilung des Kantons-Bürgerrechtes;
- der Vollziehungsbeschluss vom 31. Dezember 1952 zum Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts, vom 29. September 1952;

141.1

- 6 -

- Artikel 11, Ziffer 4 und Artikel 12, Ziffer 4 des Dekretes vom 20. Juni 1972 über das Zivilstandswesen.

Art. 22 Übergangsrecht

Nach Inkrafttreten ist das vorliegende Gesetz für sämtliche Gesuche anzuwenden.

Art. 23 Fakultatives Referendum

Das vorliegende Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Art. 24 Inkrafttreten

Der Staatsrat setzt das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes fest.

So angenommen in zweiter Lesung im Grossen Rate zu Sitten, den 18. November 1994.

Der Präsident des Grossen Rates: **Raoul Lovisa**
Die Schriftführer: **Herbert Marty, Florian Boisset**

Titel und Änderungen	Veröffentlichung	Inkrafttreten
¹ Änderung vom 12.09.2007	GS/VS 1995, 15 Abl. Nr. 40/2007	1.05.1995 1.01.2008
² Änderung vom 13.09.2012	Abl. Nr. 39/2012; 3/2013	1.01.2013